STADT BIELEFELD
- Sozial- und Gesundheitsausschuss -

Sitzung-Nr.
SGA/046/2025
(2020-2025)

Niederschrift

über die Sonder-Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am 02.01.2025

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

CDU
Dr. Christiana Bauer
Vincenzo Copertino
Steve Kuhlmann
Tanja Orlowski
Michael Weber

SPD
Melchior Fluhme
Sylvia Gorsler — Vorsitzende
Birol Keskin — (Vertretung für Regine Weißenfeld)
Markus Kollmeier

Bündnis 90/Die Grünen
Joachim Hood
Christina Osei — (Vertretung für Sarah Labarbe)
Ruth Wegner — (Vertretung für Romy Mamerow)

FDP
Nick Focke

Die PARTEI
Johannes Künsebeck — (Vertretung für Christian Loth)

Die Linke
Angelika Beier

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW
Robert Alich
Michael Gugat — Lokaldemokratie in Bielefeld

Beratende Mitglieder

Murisa Adilovic	Integrationsrat	
Daniel Müller	Psychiatriebeirat	
Kai Wittler	Beirat für Behindertenfragen	(Vertretung für Rolf Winkelmann)

Gäste

Ulrich Paus	AG Wohlfahrtsverbände

Verwaltung

Kerstin Beckmann-Schönwälder	Stab Dezernat 5
Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter, Dezernat 5
Georgios Papachatzis	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Schriftführung

Sven Schloemann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses zur 46. Sonder-Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung des Gremiums fest.

Sie hält fest, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss nicht beschlussfähig sei. Nach Rücksprache würden die Fraktionen nicht beabsichtigen, Anträge zu dem Tagesordnungspunkt zu stellen. Die Sitzung werde daher, auch im Interesse der anwesenden Einwohner*innen, abgehalten.

Vorsitzende Frau Gorsler teilt mit, dass Herr Schloemann in dieser Sitzung Frau Zimmermann als Schriftführer vertreten werde.

Sie informiert die Anwesenden, dass die Tagesordnung um die fristgerecht eingereichte Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.12.2024 zur Situation im ehemaligen Handwerkerbildungszentrum (HBZ) erweitert werde.

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung werden seitens der Anwesenden keine Einwände erhoben. Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Hinweis der Schriftführung:
Aus organisatorischen Gründen erfolgt zunächst die Beratung zu Punkt 1.1.
Die Protokollierung erfolgt unter Punkt 1.1 dieser Niederschrift.

Zu Punkt 1 **Unterbringung von Wohnungslosen in Bielefeld - hier: Situation im ehemaligen Handwerkerbildungszentrum**

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger informiert die Anwesenden, dass es zwei Polizeieinsätze innerhalb der Unterkunft aufgrund von Streitigkeiten zwischen den Bewohner*innen gegeben habe. Durch kurzzeitige Rauchentwicklung in einem der Zimmer sei am 30.12.2024 zudem die Brandmeldeanlage ausgelöst worden, was zu einem Feuerwehreinsatz führte. Dem Sozialdezernat wurde zudem berichtet, dass sich eine untergebrachte Person beim Verlassen der Wohnungsloseneinrichtung auf dem Gehweg hätte übergeben müssen. Auch habe es einen Vorfall gegeben, wo jemand nach Verlassen der Einrichtung in die nahegelegenen Büsche uriniert habe. Dem Ordnungsamt gegenüber wurden keine Vorfälle angezeigt. Er betont, dass in Sammelunterkünften Konflikte zwischen den Bewohnenden auftreten können und - soweit es zu einem Einsatz der Polizei kommt - die Ursachen im Regelfall bei Eintreffen der Polizeikräfte bereits behoben seien.

Aktuell seien 23 Personen im ehemaligen Handwerkerbildungszentrum (HBZ) untergebracht, in der Wohnungsloseneinrichtung in der Schillerstraße 6 Personen. Um die Unterkunft in der Kreuzstraße zu entlasten, würden einige Bewohner*innen zukünftig in der Einrichtung Schillerstraße untergebracht. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Belegungszahlen aufgrund des Kälteeinbruches in den kommenden Tagen ansteigen könnten.

Um Konflikte mit Anwohner*innen weitestgehend zu minimieren, habe die Verwaltung die in der Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion dargestellten Maßnahmen veranlasst. Er ergänzt, dass den Bewohner*innen der Wohnungslosenunterkunft zudem an den Feiertagen und am Wochenende die Möglichkeit gegeben wurde, in der Einrichtung zu verbleiben. Ihm sei bewusst, dass jene Anwohner*innen, welche direkt gegenüber der Unterkunft wohnen würden, sicher am stärksten von der Nutzung des HBZ betroffen seien. Die Verwaltung habe im Laufe des letzten Jahres diverse Standorte zur vorübergehenden Unterbringung wohnungsloser Menschen geprüft, welche aus unterschiedlichsten Gründen für den Zweck nicht in gleichem Maße geeignet wären wie das HBZ. Daher werde vorläufig an dem Standort festgehalten. Dennoch bemühe sich die Verwaltung auch weiterhin, einen alternativen Standort für eine Wohnungslosenunterkunft zu finden.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt dem ersten Beigeordneten Herrn Nürnberger für seine Ausführungen und weist auf die vor der Ratssitzung am 19.12.2024 anberaumte Informationsveranstaltung für die sozialpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen hin. Die anwesenden Vertreter der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) als Betreiber sowie der Sicherheitsdienst hätten darum gebeten, ihnen etwaige Störungen zeitnah mitzuteilen. Außerdem würden die Streetworker*innen das Umfeld des HBZ in jüngster Zeit verstärkt bestreifen. Frau Osei ergänzt, dass die Anwohner*innen ein ausführliches Schreiben mit den Kontaktdaten der relevanten Stellen erhalten hätten.

Im Anschluss eröffnet Vorsitzende Frau Gorsler die Diskussion, in der einige Mitglieder die Notwendigkeit der Durchführung einer Sondersitzung im Hinblick auf die regulär stattfindende Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 07.01.2025, trotz aller berechtigten Interessen der Anwohner*innen, in Frage stellen.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass die Verwaltung nach dem 05.01.2025 die regelmäßige Bestreifung des Umfeldes der Einrichtung durch den Sicherheitsdienst bewerten werde. Über das weitere Vorgehen werde im Sozial- und Gesundheitsausschusses berichtet. Auf Anfrage weist er auch darauf hin, dass der Einsatz der Streetworker*innen rund um das HBZ auf Kosten des Einsatzes an anderer Stelle gehe. Deshalb sei dieser Einsatz

am HBZ nur begrenzt möglich.

Frau Krutwage teilt mit, dass die Verwaltung nicht über jeden Polizeieinsatz in Sammelunterkünften in Kenntnis gesetzt werde, solange die Situation vor Ort händelbar sei. Aufgrund der Beschwerden sei mit der JUH nunmehr vereinbart, regelhaft über entsprechende Vorfälle im Zusammenhang mit dem Betrieb der Wohnungslosenunterkunft im HBZ zu berichten. Da der Sicherheitsdienst über keine hoheitlichen Rechte verfüge und damit keine Befugnis habe, polizeiliche oder ordnungsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen, müsse stets die Polizei mit hinzugezogen werden, wenn solche Maßnahmen nötig erscheinen. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass aufgrund der Tatsache, dass Polizeieinsätze in den Sammelunterkünften nicht ungewöhnlich seien, nicht im Sozial- und Gesundheitsausschuss berichtet wurde.

Abschließend teilt Erster Beigeordneter Herr Nürnberger mit, dass die Verwaltung aufgrund der Eingaben der Anwohner*innen sensibilisiert sei und sich bemühe, die Situation so gut und reibungslos wie möglich für die Anwohner*innen, aber auch die wohnungslosen Menschen in der Kleiberstraße zu gestalten.

-.-.-

Zu Punkt 1.1 **Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.12.2024 zur Situation im ehemaligen HBZ**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9289/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger verliest die im Ratsinformationssystem eingestellte sowie zusätzlich als Tischvorlage ausliegende Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der CDU-Fraktion.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler beendet die Sitzung um 18:00 Uhr.

gez. gez.

Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Sven Schloemann
(Schriftführer)